

Beleuchten - Nr. 128

BLICK NACH SPANIEN

von Ralph Schultze aus Madrid

Nicht nur Grenzschutz



Rabat/Madrid - Bisher wurde Einwanderungsrecht in Europa vor allem als Politik der Grenzüberquerung verstanden. Die Maern der 'Festung Europa' wurden vor allem im Süden immer weiter erweitert, damit sich ja kein afrikanischer Einwanderer unkontrolliert in den gebotenen Kontinent eindringt. Doch das half wenig, denn die Einwandererströme aus Afrika fanden immer neue Wege, um die Meer- und die europäischen Grenzen zu überwinden. Eine europäische Immigrationspolitik hat bisher nicht mehr als die Grenzen abzusichern: Etwa massive Hilfe für jene afrikanischen Staaten, in denen mangelnde Zukunftsprospekte von Hunderttausende davon trieben, nach Europa zu gelangen. Denn ist die wohl wichtigste Erkenntnis des Migrations-Studiums in den letzten Jahren: Europa gelobte, seinen Reichtum und für Afrika zu verteilen. Doch schwieriger wird es für die Afrikaner sein, den

schönen Worten auch handfeste Taten folgen zu lassen: Deshalb mehr Entwicklungshilfe. Die Achtung statt Unterwerfung autoritärer Regime. Strichung von Subventionen für jene europäischen Agrarprodukte, welche direkt afrikanische Märkte überschwemmen. Und den dortigen Bauern das Überleben nicht schwerer machen. Bänke der Entwicklungspolitik sind in den afrikanischen Küsten.

Es aber erfordert Zeit. Mit und ein Umdenken, das zudem folgende Erkenntnis einschließt: Europa ist ein Einwanderungsland. Die Zuwanderung darf daher nicht kriminalisiert werden, sondern muss in geordnete Bahnen gelenkt und als Chance begriffen werden. Zumal es sich bei den afrikanischen Einwanderern meist um hochgebildete Arbeitskräfte handelt, die bereit sind, Arbeiten zu verrichten, die in der heimischen Wirtschaft, die kaum ein Westeuropäer mehr machen möchte, (ist) ...

UNO / Aufträge

Das Gerangel der Diplomaten

China und Südkorea kritisieren Japans klare Linie nach Nordkoreas Atom-Tests

Peking/Seoul (AP/Wideya) - In der Krise um die nordkoreanische Atomtesten haben China und Südkorea deutlich gemacht, dass sie die von Japan um Unterstützung der USA bei den Vereinten Nationen beantragten Sanktionen gegen Nordkorea nicht akzeptieren. China wurde nichts zuzusagen, was die Spannungen noch weiter verschärfen könnte, betonte Staats- und Parteichef Hu Jintao gestern bei einem Treffen mit dem Vizepräsidenten des nordkoreanischen Parlaments, Yang Hyong Song, in Peking.

Der US-Sendebote Christopher Hill (Bild) ist kurzfristig nach Nordkorea an mehreren Gesprächen in Peking beteiligt. Er erzieht sich von seinen Kontakten Aufschluss über diplomatische Bemühungen der Chinesen, seine Hill gestern kurz nach dem Abschluss der Gespräche in Peking getroffen. Er erzieht sich von seinen Kontakten Aufschluss über diplomatische Bemühungen der Chinesen, seine Hill gestern kurz nach dem Abschluss der Gespräche in Peking getroffen.



Der Vizepräsident des nordkoreanischen Parlaments Yang Hyong Song war gestern in Peking, um den diplomatischen Spielraum auszuweiten, den sein Land nach dem Atomtest hat.

AFRIKA / Migrations

Christenverfolgungen im Irak

UNHCR-Bericht: Mit Anschlägen, Diskriminierung und Hetze konfrontiert

Wien (AP) - Die Christenverfolgung im Irak hat sich dramatisch verschärft. Nach dem Ergebnis einer neuen Analyse zur Situation der christlichen Bevölkerung im Irak: Flüchtlingsschätzungen des Vereinten Nations (UNHCR).

Christen im Irak werden häufig gewaltsam als Unterdrücker der multinationalen Koalitionstruppen und der irakischen Übergangsregierung und somit als Verfechter des irakischen Volkes gesehen. Seit Jahresanfang kam es infolge der Krise im Irak zu Mordanschlägen auf Kirchen und Übergriffen auf Christen vor allem im Nordirak, gibt es dem UNHCR-Bericht zufolge.

Schätzungen zufolge gehören derzeit mehr als eine Million Christen im Irak zu den 17,6 Prozent der Iraker, die sich dem in Syrien aufhalten, sind Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft. Die UNHCR-Bericht zeigt, dass Christen stärker als andere irakische Gruppen von den irakischen Übergangsregierungen verfolgt werden. In Damaskus stellen katholische und orthodoxe Christen (4 Prozent) die größte Gruppe der von

Ein Sprecher des südkoreanischen Präsidenten, Jung Tae-Ho, erklärte, mit seinem Amtskollegen aus Südkorea, unterzeichnete Japan den Frieden in der Region und auch die koreanischen Halbinseln seien „eine Überbrückung“. „Wenn sie angenommen werden können, ist es eine Erleichterung.“ Südkorea wirft Japan vor, mit einer provokativen Rhetorik die Spannungen anzukurbeln.

Die beiden koreanischen Staaten haben indessen neue Verhandlungsgespräche begonnen. Eine nordkoreanische Grenzüberquerung traf in Peking (Bild) ein. Seoul hatte die schon länger geplanten Gespräche nach den Raketenstarts boykottiert. Südkorea erklärte, dass es bei den Treffen um humanitäre Fragen, es wurde aber erwartet, dass dieses Mal die Spannungen in

der Region ganz oben auf der Tagesordnung stehen würden. US-Präsident George W. Bush hat inzwischen signalisiert, dass er auf weitere Verhandlungen setzt. Im Gespräch mit dem deutschen „Handelsblatte“ „Berliner Zeitung“ begründete er es ausdrücklich, dass Japan seinen Angriff auf eine UN-Stillhalte-Resolution verurteilt habe, um China die Möglichkeit zu schaffen, sich mit der Führung in Peking zu betten. Foto: Reuters

Afrikanische Flüchtlinge sollen zurück

von Westafrika nach Europa und insbesondere Spanien beschließen, die 27 afrikanischen und 20 europäischen Teilnehmerstaaten in der marokkanischen Hauptstadt von den Spaniern einengen. Afrika-Aktionsplan“ der beiden vordienlichen Sicherheitsmaßnahmen nach Entwicklungsprojekte in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge verspricht.

Spaniens Außenminister Miguel Angel Moratinos (im Bild) gibt heute seine Unterstützung für die Abreise von 10 Millionen Euro für Marokko, 20 Millionen Euro für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Westafrika sowie 10 Millionen Euro in Form von Kreditlinien für verschiedene afrikanische Staaten an. Foto: AP/Wideya

von Westafrika nach Europa und insbesondere Spanien beschließen, die 27 afrikanischen und 20 europäischen Teilnehmerstaaten in der marokkanischen Hauptstadt von den Spaniern einengen. Afrika-Aktionsplan“ der beiden vordienlichen Sicherheitsmaßnahmen nach Entwicklungsprojekte in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge verspricht.

Chinesen stirbt bei Autounfall

Klausbauer (ntz) - Der Chefredakteur der in ungarischer Sprache erscheinenden österreichischen Zeitung „Stadtschau“, Aron Balazs (Bild), ist am vergangenen Freitag im ungarischen Autounfall auf dem Nachbargasse von Sany-Mara, wo er für eine Zeitungsbesuche nachgefahren war, ums Leben gekommen.

Sein Überleben eines Rettungsdienstes bemerkte er ein unbekanntes Pflasterarbeiten zu spät und ließ sein Auto weiterfahren. Er wurde gegen ein entgegenkommendes Fahrzeug. Trotz der sofortigen Hilfe der Einsatzkräfte verstarb der 38-Jährige noch an Ort und Stelle.

„Stadtschau“ ist eine Tageszeitung für die in Rumänien lebende ungarische Minorität. Balazs war ein Mitglied der Minder, der Verewigung von Tageszeitungen in Minderheiten. Er war Mitglied der Europäischen Gruppe für die Rechte der Minderheiten. Er war Mitglied der Europäischen Gruppe für die Rechte der Minderheiten. Er war Mitglied der Europäischen Gruppe für die Rechte der Minderheiten.



schätzten bei der Zeitung und bei Medien machen ihn zu einer Stütze unserer Verewigung. Er war Mitglied der Europäischen Gruppe für die Rechte der Minderheiten. Er war Mitglied der Europäischen Gruppe für die Rechte der Minderheiten.

ÖSTERREICH / Politik

Der ÖVP geht's gut

Schwarze Sommerkampagne im Vorwahlkampf

Wien (APA) - Mit „guten Aussichten“ geht die ÖVP in den Sommerlichen Vorwahlkampf.

Das vermelden zumindest die Sommerpläne der Volkspartei, die gestern von Generalsekretär Reinhold Lopatka präsentiert wurden. Auf diese Weise ist es ihnen bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel - ein Mal als Wählerin an einem Brinnen und ein Mal als Kandidatin im Stadtschau im Gespräch mit dem jüngsten Leuten. Die jüngsten Leuten. Die jüngsten Leuten. Die jüngsten Leuten.



Nicht überall können orthodoxe Christen so frei beten wie in Jerusalem. Immer mehr Christen flüchten aus dem Irak in die angrenzenden Länder. Foto: AP/Wideya

1987 ist deutlich weniger als eine Million gewesen sind. 17,6 Prozent der Iraker, die sich dem in Syrien aufhalten, sind Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft. Die UNHCR-Bericht zeigt, dass Christen stärker als andere irakische Gruppen von den irakischen Übergangsregierungen verfolgt werden. In Damaskus stellen katholische und orthodoxe Christen (4 Prozent) die größte Gruppe der von

1987 ist deutlich weniger als eine Million gewesen sind. 17,6 Prozent der Iraker, die sich dem in Syrien aufhalten, sind Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft. Die UNHCR-Bericht zeigt, dass Christen stärker als andere irakische Gruppen von den irakischen Übergangsregierungen verfolgt werden. In Damaskus stellen katholische und orthodoxe Christen (4 Prozent) die größte Gruppe der von



Generalsekretär Reinhold Lopatka bei der Vorstellung der ÖVP-Sommerpläne. Österreich. Gute Aussichten. Foto: AP/Wideya

richtungen vertrieben. Christen im Irak verschleierten Druckmittel - Inhaftierungen, Fluchtungskampagnen, Hetze über Internet und Plakate. Verfolgungen, erklärt Roland Schellauer, Sprecher von UNHCR Österreich. Die Analyse zufolge sind sie mit Diskriminierung, eingeschränkter Zugang zu sozialer Grundversorgung und Behinderungen bei der Ausübung der Wahlrechte konfrontiert. In Irakischen Gewerkschaften und Regierungsorganisationen haben die Christen kaum politisches Gewicht - im Parlament sieht sie mit nur sechs von 272 Sitzen vertreten.

Im Videochat mit der italienischen Tageszeitung „L'Espresso“ in Al Kaida werden die Christen als die gemäßigteste Gruppe im Irak verantwortlich gemacht und der Beistandigung der Islam bestrittigt. Hilfig sollen Christen durch Gewalt befreit für nichtmuslimischen Verbrechen, eine einer zu Frauen, einen Kleiderordnung sowie ihre Grenze und Aussehen von Arab, „heterosexuell“ oder „erlaubt“ werden.



Generalsekretär Reinhold Lopatka bei der Vorstellung der ÖVP-Sommerpläne. Österreich. Gute Aussichten. Foto: AP/Wideya